Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WM/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. ‘Das Gemetzel muss beendet werden’
2. Vatikan in Bedrängnis: Papst Franziskus sorgt mit Russland-Aussagen für Wirbel
3. Vom Deutschen Buchhandel ausgezeichneter “Friedenspreisträger” posiert mit Bandera-Flagge
4. Krieg in Permanenz: Perspektive für die Ukraine
5. Tödliche Sanktionen
6. Aufgeladen in Klausur: SPD-Fraktion stellt sich gegen ihren Kanzler
7. Energieprobleme belasten Produktion in Deutschland
8. Working Class: Die Wohlstandsillusion
9. Frankreich: Disziplinarrechtliche Sanktionen wegen der Streikbeteiligung gegen die Renten“reform“ durch La Poste und Eurodisney
10. Die Lage wird ernst: China kontert US-Sanktionspolitik – Washington will Umsatzeinbrüche verhindern, schickt Handelsministerin nach Beijing.
11. Der Verfassungsschutz, Jan Marsalek und ein endloser Skandal
12. „Wertebasierte Kommunikation“: Baerbock will jetzt undiplomatische Diplomaten
13. Rechte Spiegelfechterei
14. 60 Jahre nach dem Marsch auf Washington besteht die wirtschaftliche Ungleichheit der Schwarzen fort

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **‘Das Gemetzel muss beendet werden’**
   Krieg in der Ukraine: Günter Verheugen über Friedensverhandlungen und die Debatte in Deutschland […]

Ich bin sehr geprägt von der frühen Entspannungspolitik. Ich habe sie nicht nur miterlebt, sondern ich war daran beteiligt. Wenn Willy Brandts Position gewesen wäre, dass man mit Breschnew nicht reden kann, wäre der Kalte Krieg bis heute nicht beendet. Wenn ich möchte, dass sich die Verhältnisse in einem autoritären Staat ändern, erreiche ich das nicht mit militärischem Druck, sondern indem ich ein Vertrauensverhältnis schaffe.
Sie sagen, dass der Krieg in Deutschland auf einen Kampf zwischen Gut und Böse reduziert wird. Es gibt eine ungeheure Solidarisierung mit dem Guten, der Ukraine, gegen das Böse, Putin und Russland. Wie erklären Sie sich das?
Der Umsturz in der Ukraine wird bei uns dargestellt als eine demokratische Revolution von begeisterten Pro-Europäern. Das war eine fabelhafte PR-Nummer, denn es ist nur ein Ausschnitt der Wahrheit. Es war ein vorbereiteter Staatsstreich. Die ersten Maßnahmen der Übergangsregierung waren gegen die russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine gerichtet. Dann begann der Krieg, 2014 mit der sogenannten Anti-Terror-Operation, und die russische Politik von Putin wurde dämonisiert. Die Annexion der Krim hat ihn ins Unrecht gesetzt, das machte es leicht. Der Krieg in der Ukraine wird entsprechend überhöht zu einem Kampf zwischen rivalisierenden Systemen. Zwischen Demokraten und Autokraten …
… aber das ist dieser Krieg nicht. Es geht nicht um Ihre oder meine Sicherheit. Wegen meiner Freiheit und zur Verteidigung meiner demokratischen Rechte muss kein Mensch in der Ukraine sterben. Meine Freiheit ist nicht durch Russland bedroht. Schon allein das zu sagen, bringt einen heute in den Verdacht, ein nützlicher Idiot des Kremls zu sein. Deshalb, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es besteht kein Zweifel daran, dass Russland der Aggressor ist, Verträge und Grundsätze verletzt hat, die das friedliche Zusammenleben in Europa regeln sollen. Aber man muss die Vorgeschichte dieses Kriegs kennen, um sich ein sachliches Urteil zu bilden.
Quelle: Weser Kurier

dazu auch: **Verheugen wirft Grünen „fundamentalistische Außenpolitik“ vor**
Der langjährige SPD-Politiker und frühere EU-Kommissar Günter Verheugen hat die Russland-Politik der Bundesregierung angegriffen. In einem Interview im Bremer „Weser-Kurier“ spricht Verheugen von einer „fundamentalistischen Außenpolitik der Grünen“. Er selbst indes sei „sehr geprägt von der frühen Entspannungspolitik“, äußert Verheugen. Er vertritt die Auffassung, dass ohne Willy Brandts Dialogbereitschaft „der Kalte Krieg bis heute nicht beendet“ wäre.
Den demokratischen Umsturz in der Ukraine vor der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 nennt Verheugen in dem Interview eine „fabelhafte PR-Nummer“. Es sei „ein vorbereiteter Staatsstreich“ gewesen. Diese Vorgeschichte zu

vergessen sei das Gleiche wie die Behauptung, „der Zweite Weltkrieg sei allein auf einen Verrückten namens Hitler zurückzuführen“. Es mache ihn auch „betroffen“, dass sein Parteifreund Frank-Walter Steinmeier die 2014 und 2015 vereinbarten Minsker Abkommen im Rückblick als Fehler ansieht.
Verheugen kritisiert auch die auf einer Kreditermächtigung beruhende Aufrüstung der Bundeswehr; bei solchen „Kriegskrediten“ müssten sich jedem Sozialdemokraten „die Haare aufrichten“. Er fordert stattdessen Verhandlungen mit dem Kreml. Der Einwand, dass man mit Verbrechern nicht verhandele, wies Verheugen zurück, schließlich hätten die anderen Länder Deutschland nach 1945 auch „wieder die Hand gereicht“. (…)
Der SPD-Außenpolitiker Michael Roth kritisierte Verheugens Aussagen. „Was mich wieder fassungslos macht, sind 0,0 vorhandene Empathie gegenüber den angegriffenen, ermordeten, entführten, vertriebenen, vergewaltigten Menschen der Ukraine“, schrieb er auf der Plattform X. Außerdem warf er Verheugen vor, „die Entspannungspolitik im Sinne Putins diabolisch umzudeuten“.
Quelle: FAZ

Anmerkung Christian Reimann: *Das aktuelle Spitzenpersonal der SPD macht deutlich, warum die Partei sehr viele Mitglieder und bei zahlreichen Wahlen verloren hat – im Vergleich mit der Brandt-Ära sogar sehr dramatisch.*

und: **Abschied vom Siegfrieden – Stehen wir vor einer „Zeitenwende“ im Ukrainekrieg?**
Insgesamt bleibt bemerkenswert, dass der menschliche Faktor des Krieges weitgehend ausgeblendet wird: Brüder, Ehemänner, Väter, Freunde werden in diesem Krieg verheizt wie Brüder, Ehemänner, Väter und Freunde im Ersten Weltkrieg. Nirgends – so scheint es – regt sich ob dieses unermesslichen Grauens auch nur ein Quäntchen Empathie. „Russland darf nicht gewinnen“ – das ist die Ratio, koste es, was es wolle.
Dabei sind die Perspektiven ernüchternd. Je länger der Krieg andauert, desto größer werden die Schäden sein, die Land und Leuten zugefügt werden. Und: desto größer werden die territorialen Zugeständnisse sein, die bei einer Verhandlungslösung gemacht werden müssen. Wer glaubt ernsthaft, dass die wesentlich kleinere Ukraine in der Lage sein könnte, das größere Russland militärisch zu besiegen?
Ob der Krieg in absehbarer Zeit beendet wird, hängt nicht nur von der Ukraine ab. Russlands Entscheidungsfindung wird von mehreren Faktoren beeinflusst. Dazu gehört der sunk-cost effect – angesichts der bereits entstandenen Kosten (humanitär, ökonomisch) wird Russland nur dann Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen

zustimmen, wenn sie ohne Vorbedingungen begonnen werden. Zudem hat die Ukraine für Russland noch stärker als für die Nato und die USA eine strategische Bedeutung, so dass es die in diesem Konflikt erreichten Ziele nicht gefährden wird. Weiterhin betrachtet die russische Seite diesen Krieg als Folge einer globalen Aggression des Westens und nicht als isoliertes Kräftemessen. Für die russische Führung steht dieser Krieg ebenfalls für eine „Zeitenwende" – für ein Ende der Hegemonie des Westens und der USA und für eine multipolare Weltordnung.
Quelle: Cicero

2. **Vatikan in Bedrängnis: Papst Franziskus sorgt mit Russland-Aussagen für Wirbel**
Die Ukraine beschuldigt Papst Franziskus, russische „imperialistische Propaganda" zu verbreiten. Der Vatikan musste dazu Stellung nehmen.
Einige Äußerungen von Papst Franziskus während einer Videokonferenz zum panrussischen Tag der katholischen Jugend in Sankt Petersburg haben für Aufsehen gesorgt. „Vergesst niemals euer Erbe. Ihr seid die Kinder des großen Russlands", sagte Franziskus zu den jungen Russen am 25. August. „Das große Russland von Peter I., Katharina II., jenem großen, gebildeten Imperium von großer Kultur und großer Menschlichkeit", fügte der 84-jährige Papst hinzu. Die russische Jugend sei weiterhin „Erbe des großen Mutterlands Russland" und solle dieses Erbe niemals aufgeben.
Kurz nach dem Treffen wurde auf der Website des Vatikans die schriftliche Version der Rede des Papstes veröffentlicht, jedoch wurden einige Änderungen vorgenommen. Der Abschnitt, in dem Franziskus über „das große Russland" sprach, war dort nicht mehr zu finden. Es dauerte allerdings nicht lange, bis die Aussagen des Papstes online die Runde machten.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unserer Leserin A.F.: *Unfassbar, selbst solch eine eigentlich selbstverständliche Äußerung wird skandalisiert und wieder knickt der Vatikan ein.*

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Man muss nicht katholisch sein, um vom Papst zu erwarten, dass er sich für Diplomatie und Frieden ausspricht und gegen Waffenlieferungen, das dürfte selbstverständlich sein. Doch jeder, der sich auch dafür ausspricht, ist ja jetzt nach ukrainischer (und westlicher Regierungen) Vorgabe ein russischer Imperialist und verbreitet Russenpropaganda. Mit diesem Vorwurf an den Papst gerichtet, dürfte Die Ukraine sehr viel Sympathie der katholischen Welt verloren haben. Auf dieser Welt sind Milliarden Menschen für Frieden. Und der Vatikan hat in meinen Augen nicht zurückgerudert, sondern etwas klargestellt, was die Ukrainer*

anders ausgelegt haben.

3. **Vom Deutschen Buchhandel ausgezeichneter "Friedenspreisträger" posiert mit Bandera-Flagge**
   Der Ukrainer Sergei Schadan ist den Lesern von RT DE aus der Berichterstattung über die Verleihung des "Friedenspreises" des Deutschen Buchhandels im Oktober vergangenen Jahres bekannt. Schon damals kam es unvoreingenommenen Beobachtern merkwürdig vor, dass ausgerechnet ein Hassprediger, der einen nicht geringen Beitrag zum Entflammen des Bürgerkriegs in seinem Land geleistet hat, mit einem Preis ausgezeichnet wird, der nach seiner Eigenbeschreibung Ausdruck der "Verpflichtung des Buchhandels zur Völkerverständigung" sein will.
   Nun macht Schadan in sozialen Netzwerken Schlagzeilen mit einem Foto, das ihn und den Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte, Waleri Saluschny, mit einer ganz speziellen Flagge in den Händen zeigt – der rot-schwarzen Flagge Stepan Banderas.
   Zur Erklärung: Die Nationalflagge der Ukraine ist blau-gelb. Oben blau, unten gelb. Die rot-schwarze Flagge (oben rot, unten schwarz) hingegen ist Symbol der im April 1941 im deutsch okkupierten Polen unter der Schirmherrschaft Hitlerdeutschlands gegründeten Bandera-Fraktion der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B). Den Zusammenhang zwischen der Gründung der OUN-B und ihren Symbolen, beispielsweise dem nun auch bei einigen deutschen Politikern beliebten Slogan "Slawa Ukraini", hatte RT DE bereits in einem Artikel im März vergangenen Jahres beleuchtet. Wer sich mit der OUN-Flagge ablichten lässt, will nicht seine Verbundenheit mit seinem Land zum Ausdruck bringen, sondern eine klare ideologische Richtung – die der ukrainischen Nazis und Kollaborateure Hitlers.
   Wessen Geistes Kind Schadan ist, wird auch in dem Artikel über ihn und sein Werk in der ukrainischen Zeitung Ukrainska Prawda deutlich, für den das obige Foto geschossen wurde. Das Feature lobpreist das jüngste Werk des Schriftstellers und erinnert auch an jene Preisverleihung in Frankfurt am Main vor gut zehn Monaten. Eines sei vorausgeschickt: Dagegen, dass ein Schriftsteller und Musiker (Schadan vereint in sich beides) in für sein Land schweren Zeiten in als Luftschutz genutzten U-Bahnstationen, in Hospitälern und auch an der Front vor uniformierten Landsleuten auftritt, ist an sich nichts einzuwenden. Es ist wohl sogar die Pflicht und Schuldigkeit eines Kulturschaffenden in Kriegs- und Krisenzeiten. Die entscheidende Frage ist, mit welchen Botschaften er auftritt. (…)
   Und noch etwas erfahren wir aus dem Porträt der Ukrainska Prawda. Etwas, worüber RT DE nicht berichtet hat, es ist uns entgangen. Etwas, das ich bei aller Phantasie nie für möglich gehalten hätte. Sergei Schadan hat nämlich noch einen Preis erhalten.

Leser, halte dich fest: den Hannah-Arendt-Preis des Jahres 2022.
Was wohl die jüdisch-amerikanische Antifaschistin selbst dazu sagen würde, dass ein mit Banderas faschistischer Flagge posierender Hassprediger mit dem Preis ihres Namens geehrt wurde?
Quelle: Anton Gentzen in RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Die Russen sind „Unrat“: Pamphlet erhält den „Friedenspreis“ des Buchhandels.*

4. **Krieg in Permanenz: Perspektive für die Ukraine**
Ginge es nicht in der Sache um Tod und Zerstörung, die Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij, das Land werde jetzt die eigene Waffen- und Munitionsproduktion ankurbeln, hätte das Zeug zu einem Treppenwitz. Denn was hat Selenskij denn vorher gehindert, das zu tun? Bisher hieß es aus Kiew regelmäßig, die Zukunft der Ukraine hänge von der Kontinuität westlicher Geld- und Waffenströme ab; jetzt erklärte Selenskij, sowohl die technische Basis für die Ukraine als Rüstungsstandort sei vorhanden als auch die Finanzierung gesichert. Das zweite dieser Elemente scheint eher zuzutreffen, als das erste. Denn was die Ukraine an Rüstungsbetrieben hat, dürfte auch der russischen Raketentruppe nicht unbekannt bleiben. Aber dass die Finanzierung solcher Bemühungen gesichert ist – insbesondere dank der westlichen »Budgethilfe« für einen ukrainischen Staatshaushalt, der nach Kiewer Angaben schon jetzt zur Hälfte aus Rüstungsausgaben besteht –, davon kann man ausgehen. Mit seiner Ankündigung reagiert Selenskij zweifellos auf tektonische Verschiebungen im Kreise der westlichen Unterstützerstaaten. Insbesondere beunruhigt die ukrainische Regierung die mögliche Perspektive eines Präsidentenwechsels in den USA Anfang 2025. (…)
In einem Exklusivinterview für seinen heimischen Fernsehsender 1+1 am Wochenende stellte Selenskij der Ukraine die Perspektive eines »ewigen Krieges« vor Augen – nach dem Vorbild Israels, das auch »seit Jahrzehnten kämpft«. Dazu passt, dass in den USA offenbar Sicherheitsgarantien für die Ukraine nach dem Vorbild Israels ins Auge gefasst werden: Waffen, Geld und politische Unterstützung, aber keine NATO-Mitgliedschaft, die die USA verpflichten würden, selbst an der Front zu kämpfen. Der kleine Unterschied: Israel ist militärisch seinen arabischen Nachbarn haushoch überlegen. Von der Ukraine kann man das auf absehbare Zeit nicht sagen.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **IWF und Weltbank stellten der Ukraine ein Ultimatum**
Unter dem Titel «Der Krieg macht die Ukraine zum Vasallenstaat des Westens»

berichtete Infosperber, dass die Gläubiger der Ukraine den Ausverkauf der riesigen Agrarflächen diktieren. Die Profiteure seien westliche Konzerne und ukrainische Oligarchen. Mit 33 Millionen Hektar verfügt die Ukraine über weite Teile des fruchtbaren Ackerlandes der Welt.
«Da bahnt sich eine Katastrophe für die Kleinbauern an», erklärte Viktor Scheremata, Vorsitzender des ukrainischen Kleinbauern-Verbandes, gegenüber der NZZ, die am 20. August auf einer ganzen Seite über die fragwürdige Entwicklung informierte.
Im Jahr 2001 habe die Ukraine gegen Landkäufe ein Moratorium verhängt. «Auf Drängen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds IWF und der Europäischen Entwicklungsbank», wie die «NZZ am Sonntag» schrieb, «wurde das Moratorium im Jahr 2020 aufgehoben». Seither erlaube das Gesetz ausländischen Konzernen und ukrainischen Investoren, große Landflächen zu kaufen. Die Zeitung zitierte Wiktor Scheremata: «Die Aufhebung des Moratoriums war die Bedingung dafür, dass die Ukraine [von den internationalen Finanzinstitutionen] Kredite erhält.» Das war ein erpresserisches Ultimatum.
Bereits sind die größten Landbesitzer Oligarchen sowie ausländische Konzerne und Investoren, darunter ein in den USA ansässiger Private-Equity-Fonds und der Staatsfonds von Saudi-Arabien.
Quelle: Infosperber

5. **Tödliche Sanktionen**
   Hilfsorganisationen protestieren scharf gegen die von Berlin und der EU ausdrücklich unterstützten ECOWAS-Sanktionen gegen Niger. Die westafrikanische Regionalorganisation ECOWAS hat unter deutsch-europäischem Beifall scharfe Sanktionen verhängt, um die Putschisten in Niamey zur Aufgabe zu zwingen. Seither stecken Dutzende Container des UN-Kinderhilfswerks UNICEF mit dringend benötigten Medikamenten an der Grenze zu Niger fest; das UN-Welternährungsprogramm WFP klagt, es könne rund 6.000 Tonnen Lebensmittel nicht ins Land bringen. In Niger leiden schon heute fast 20 Prozent der Bevölkerung an Unterernährung. Die EU-Außenminister werden sich am morgigen Donnerstag auf einem informellen Treffen in Turin mit der Entwicklung in Niger befassen. Man wolle besprechen, wie die EU ihre „Interessen und Ziele in der Subregion“ am besten schützen könne, heißt es vorab. Die ECOWAS, die weiterhin mit einem Krieg gegen Niger zur Wiedereinsetzung des gestürzten Präsidenten Mohamed Bazoum droht, hat laut einem Bericht in Brüssel um die Lieferung von Waffen gebeten. Die EU-Staaten zögen allerdings, so heißt es, die Finanzierung „nicht-tödlicher“ Ausrüstung vor.
   Quelle: German Foreign Policy
6. **Aufgeladen in Klausur: SPD-Fraktion stellt sich gegen ihren Kanzler**

Die SPD-Fraktion in der Offensive: Mietpreisstopp, Industriestrompreis, Bürgerversicherung im Gesundheitswesen – die alte Machtzentrale provoziert die FDP und den eigenen Kanzler.
Klausur heißt Rückzug, auch Innehalten, um sich auf wichtige Dinge zu konzentrieren, bedeutet wohl auch die Suche nach sich selbst. Die SPD-Fraktion in Klausur. Nach der Sommerpause und einigen Nettigkeiten, "wie war es im Urlaub?", geht es schnell um Positionen und Positionspapiere.
Diesmal im hessischen Wiesbaden – kein Zufall. Schließlich wird hier in ein paar Wochen gewählt. Schließlich geht es jetzt darum, sozialdemokratische Akzente oder – um im sozialdemokratischen Jargon zu bleiben – Kante zu zeigen. Und diesmal ist alles anders. Die Wirtschaft befindet sich auf Talfahrt.
Schlechte Wirtschaftsdaten, Sorge vor industrieller Abwanderung, Sorge um den Arbeitsmarkt. Die Fraktion sagt, wir müssen jetzt "ins Machen" kommen und will – eine von insgesamt sechs zentralen Forderungen – einen staatlich mitfinanzierten Industriestrompreis: fünf Cent pro Kilowattstunde.
Damit unterbieten die Genossen noch die Grünen, die sechs Cent gefordert hatten. Olaf Scholz zeigte sich zuletzt immer wieder ablehnend, der staatliche Stromtarif sei ein "subventioniertes Strohfeuer". Dass ein Feuer angesichts der Wirtschaftslage notwendig ist, davon ist die Fraktion überzeugt. Fraktionschef Rolf Mützenich versichert: Wir arbeiten nicht gegen den Kanzler, wir gehen voran.
Quelle: ZDF

7. **Energieprobleme belasten Produktion in Deutschland**
   Ein zentraler Auslöser für die negativen Einschätzungen der Unternehmen sind die energiepolitischen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. "Diese Entwicklung erschwert die Umsetzung der Energiewende deutlich", stellte Dercks klar. "Unsere Umfrage zeigt: Der Politik ist es bislang leider nicht nachhaltig gelungen, erfolgreich gegenzusteuern. Nach dem Energiepreisschock Ende letzten Jahres und dem relativ glimpflich verlaufenen Winter sind die Unternehmen zutiefst in Sorge, was die weitere Entwicklung angeht. Sie sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit infrage gestellt." Die Energiepreise blieben auf einem hohen Niveau, und es mangle an Perspektiven für die Wirtschaft in Deutschland, so das Resümee des stellvertretenden DIHK-Hauptgeschäftsführers. "Die zentralen Fragen sind nicht beantwortet."
   Fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik rücken aus Sicht der Betriebe an die erste Stelle der Transformationshemmnisse. Knapp 60 Prozent der Unternehmen fühlen sich hierdurch ausgebremst. "Die Unternehmen sehen sich zunehmend mit Vorgaben konfrontiert, die in der Praxis kaum umsetzbar sind", kritisierte Dercks. "Hinzu kommen Einsparziele aus dem Energieeffizienzgesetz, von denen niemand sagen kann, wie sie ohne ein Herunterfahren der Produktion erreicht

werden können.” (…) In der Gesamtheit der Unternehmen überwiegen noch die Stimmen, die in Deutschland die Herausforderungen der Energiepolitik annehmen wollen. Die Standorttreue ist bei vielen Betrieben weiterhin stark ausgeprägt. In der Industrie und hier besonders bei den großen Unternehmen nehmen jedoch die Pläne deutlich zu, dem Standort Deutschland den Rücken zu kehren. Fast ein Drittel der Industriebetriebe (32 Prozent) plant oder realisiert die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland beziehungsweise die Einschränkung ihrer Produktion im Inland – ein Zuwachs von 16 Prozentpunkten, also eine Verdopplung, gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: DIHK

8. **Working Class: Die Wohlstandsillusion**
   Es ist die bescheidene, deutsche Variante des „American Dream“, das Versprechen an die Kinder „Ihr sollt es einmal besser haben.“ Allein: Es trägt in vielen Fällen nicht mehr. Vermögensaufbau aus eigener Kraft ist für viele Bundesbürger unmöglich. Julia Friedrichs interviewte Experten aus der Wissenschaft und Politik, Reinigungs- und Lehrkräfte sowie Büromenschen. In ihrem viel besprochenen Sachbuch „Working Class: Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können“ kam sie zu dem Schluss: Alle kämpfen, um ihr Überleben zu sichern.
   Die Generation nach den Babyboomern ist die erste nach dem Zweiten Weltkrieg, die ihre Eltern mehrheitlich nicht wirtschaftlich übertreffen wird. Obwohl die Wirtschaft ein Jahrzehnt lang wuchs, besitzt die Mehrheit in diesem Land kaum Kapital und kein Vermögen.
   Sich Wohlstand aus eigener Kraft zu erarbeiten, ist schwieriger geworden, insbesondere für die junge Generation. Die Hälfte von ihnen fürchtet, im Alter arm zu sein.
   Anfang Dezember 2021 hat die OECD gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung eine große Studie zur Lage der Mittelschicht veröffentlicht. Und damit eine Diagnose gestellt, die sich zuvor schon in vielen Einzelbefunden angedeutet hatte:
   In der jüngeren Generation wird das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft in Reihe gebrochen.
   Quelle: Deutschlandfunk
9. **Frankreich: Disziplinarrechtliche Sanktionen wegen der Streikbeteiligung gegen die Renten“reform“ durch La Poste und Eurodisney**
   Streikteilnehmer/innen sind, im französischen wie im deutschen Recht, vor Maßregelung durch den Arbeit„geber“ – d.h. vor jeglichen disziplinarrechtlichen Sanktionen wegen ihrer Streikbeteiligung – geschützt. Im derzeitigen Klima, und mutmaßlich ermutigt durch die allgemeine Haltung des Regierungslagers, versuchen nun gleich mehrere prominente Arbeitgeber diese Beschränkung abzuschütteln. Einer von ihnen ist La Poste. Das französische Postunternehmen gehört zu 34 % direkt

dem französischen Staat, und zu 66 % der durch die öffentliche Hand kontrollierten Bank CDC.
Quelle: Labournet

10. **Die Lage wird ernst: China kontert US-Sanktionspolitik – Washington will Umsatzeinbrüche verhindern, schickt Handelsministerin nach Beijing.**
Zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Das ist das Ziel, das US-Handelsministerin Gina Raimondo auf ihrer viertägigen China-Reise verfolgt, die am Mittwoch zu Ende geht. Der eine Faktor, der die US-Handelspolitik gegenüber Beijing bestimmt, ist altbekannt: Washington geht mit Strafzöllen und Sanktionen beinhart gegen die Volksrepublik vor, um die Wirtschaft seines chinesischen Rivalen in ihrer Entwicklung zurückzuwerfen. Der andere Faktor: China war im vergangenen Jahr immer noch drittgrößter Handelspartner der USA, nur knapp hinter Kanada und Mexiko und mit riesigem Abstand vor Japan, der Nummer vier. In Zeiten eines schwächelnden Wachstums und einer immer noch nicht überwundenen Inflation will Washington keine ungewollten Einbrüche im Geschäft mit der Volksrepublik riskieren, erst recht nicht vor einem Wahljahr, in dem eine darbende Wirtschaft US-Präsident Joseph Biden das Amt kosten könnte. Wie sich beide Faktoren verbinden, quasi mit einer Klappe schlagen lassen, das war die Frage, auf die Raimondo eine Antwort suchte, als sie erst in Beijing, dann in Shanghai zu intensiven Verhandlungen eintraf. (…) Die Lage wird mittlerweile auch aus Sicht der Vereinigten Staaten ernst – denn Beijing hat begonnen, seinem Protest gegen die US-Sanktionspolitik erste Taten folgen zu lassen. So hat es seinerseits Halbleiter des US-Produzenten Micron zu einem nationalen Sicherheitsrisiko erklärt; weil diese seither in China nur noch stark eingeschränkt genutzt werden dürfen, droht Micron bis zu einem Achtel seines Umsatzes einzubüßen – ein recht schmerzlicher Verlust. (…) Will Washington das China-Geschäft aktuell nutzen, um die eigene Industrie vor einer drohenden Krise zu bewahren, so kann Beijing dem nicht gleichgültig gegenüberstehen: Auch die chinesische Wirtschaft steckt derzeit fest – insbesondere, weil der Inlandskonsum nicht wie gewünscht boomt und damit die Umstellung von der Exportorientierung auf die vorrangige Produktion für den eigenen Markt nicht so rasch vorankommt wie geplant. Also ist die Volksrepublik aktuell darauf angewiesen, den Konflikt mit den USA auch ihrerseits eher zu dämpfen, um nicht weitere Einbrüche im Export in die USA zu riskieren. Denn: Nach wie vor sind die Vereinigten Staaten ihr mit Abstand wichtigster Absatzmarkt.
Quelle: junge Welt

dazu auch: **De-Risking“ liegt nicht im Interesse der EU, sondern der USA**
Statt von „De-Coupling“ sprechen viele europäische Politiker derzeit oft von „De-Risking“ gegenüber China. Ein blindes Folgen der amerikanischen Chinapolitik liegt

jedoch nicht im Interesse Europas.
Konfrontation statt Kooperation. Das scheint die Politik der USA gegenüber China in den letzten Jahren zu sein, sowohl in den Wirtschaftsbeziehungen als auch in der Wissenschaft. Mehr und mehr drängen die USA auch ihre Verbündeten dazu, diesem Kurs zu folgen. Während die Politiker der Europäischen Union (EU) scheinbar nach der Pfeife des Weißen Hauses tanzen wollen, schlagen viele Unternehmen eher einen anderen Kurs ein…
„Man kann Risiken nicht reduzieren, indem man sich abschottet", erklärte der Chef des größten Automobilzulieferers Europas gegenüber der Financial Times.
„Mi dem Konzept des ‚De-Risking' kann man keine gesunde Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der EU herstellen wie es von EU-Beamten vorgestellt wurde. Im Gegenteil: Die Idee wird wahrscheinlich von den USA weiter gestärkt und ausgenutzt werden", sagte Hartung.
Und die USA würden seines Erachtens nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise hätten fast alle politischen Maßnahmen der USA den Interessen ihrer europäischen Verbündeten geschadet.
Quelle: CRI

11. **Der Verfassungsschutz, Jan Marsalek und ein endloser Skandal**
Als Verfassungsschutzchef wurde er von der FPÖ geschasst. Jetzt hat Peter Gridling ein Buch geschrieben: über die Rechtspartei – und eine merkwürdige Verbindung zum deutschen Skandalkonzern Wirecard. […]Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass diese Belastungszeugen nicht zufällig gefunden wurden, sondern dass es sich um eine konzertierte Aktion gehandelt hat – womöglich findet sich sogar der Urheber der anonymen Anzeigen unter den Ex-Verfassungsschützern. Eine Vielzahl von Strängen führt auch nach Deutschland.
So vermutet Ex-Direktor Gridling, dass der einstige Abteilungsleiter Martin Weiss mit den Anzeigen zu tun haben könnte. Weiss galt wiederum als Protegé von Bernd Schmidbauer , dem einstigen Geheimdienstkoordinator im deutschen Kanzleramt. Beide hatten mit Jan Marsalek zu tun, dem mittlerweile flüchtigen Ex-Wirecard-Manager, der sich auffällig für den Verfassungsschutz interessiert haben soll. Weiss soll schon für Wirecard und Marsalek gearbeitet haben, als er noch im Verfassungsschutz tätig war. Zu all dem äußert sich Weiss öffentlich kaum. Er wohnt mittlerweile in Dubai, wo auch Marsalek viele Geschäfte abwickelte.
Innenminister Kickl engagierte dann Klaus-Dieter Fritsche , einst Vizechef des deutschen Verfassungsschutzes und später auch Geheimdienstkoordinator, um den österreichischen Dienst auf neue Beine zu stellen. In einem Interview mit dem STANDARD greift Gridling einen wichtigen Aspekt der damaligen Reform auf: So

schleuste die FPÖ massenhaft Bundesheer-Mitarbeiter in den Verfassungsschutz, die dort dubiose Geheimprojekte durchführten. Was da genau ablief, ist bis heute ungeklärt.
In Österreich läuft nach wie vor ein Verfahren gegen Jan Marsalek, weil er illegale Abfragen von Verfassungsschützern bestellt haben soll. Die deutschen Behörden scheinen sich dagegen nicht sonderlich für den Spionage-Aspekt seiner Vita zu interessieren – oder für die Frage, welche Rolle Schmidbauer und Fritsche rund um die Verfassungsschutz-Affäre spielten.
Erledigt ist die Causa mit Gridlings Buch also noch lange nicht. Es warten noch weitere Enthüllungen auf uns.
Quelle: DER SPIEGEL

12. **"Wertebasierte Kommunikation": Baerbock will jetzt undiplomatische Diplomaten**
Deutsche Diplomaten sollen im Ausland agieren wie die Chefin, berichtet der Spiegel. Außenministerin Annalena Baerbock wünscht sich von den deutschen Botschaftern mehr Einmischung, mehr Präsenz und eine klare Haltung. Das repräsentiere die wertebasierte deutsche Außenpolitik. Diplomatische Zurückhaltung war gestern.
Um den neuen Stil durchzusetzen, hat sich Baerbock Hilfe ins Haus geholt. Der ehemalige Spiegel-Journalist Ralf Beste soll die deutschen Diplomaten mit der neuen Kommunikations-Strategie der Ministerin vertraut machen. Beste wechselte 2014 vom Spiegel ins Auswärtige Amt, bekleidete dann den Botschafterposten in Wien. Er soll nun die haltungs- und wertebasierte Kommunikationskultur unter seinen Kollegen etablieren und implementieren.
Abwägen und zuhören seien weiterhin Elemente der Außenpolitik, sagte Baerbock beim jährlichen Empfang der Botschafterkonferenz im Weltsaal des Auswärtigen Amts. "Aber im Zweifel auch gegenhalten. Das ist die Kommunikation für Außenpolitik im 21. Jahrhundert."
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Vermutlich damit die diplomatischen Unfähigkeiten der deutschen Bundesaußenministerin nicht mehr so stark auffalllen, sollen nun sämtliche Diplomaten ihre bisherige Berufspraxis aufgeben und sich dem Kurs der Chefdiplomatin anpassen. Shitstorms werden wohl tatsächlich die Folge sein. Aber damit müsste sich dann nicht mehr Frau Baerbock beschäftigen, sondern ihre "undiplomatischen Diplomaten". Der Image-Schaden dürfte dann noch größer werden als er ohnehin schon ist.*

13. **Rechte Spiegelfechterei**

Die „Antifa“ drangsaliert auf den Straßen Gegner der herrschenden Agenda – würde man die Vorsilbe „Anti“ streichen, käme diese Selbstbezeichnung der Wahrheit näher. Sie brüllen und beschimpfen Meinungsgegner in Sprechchören. Sie entreißen Demonstranten Transparente, beschmieren und bekleben Straßenschilder. Sie pöbeln Rentnerinnen an und werden dabei sogar gewalttätig. Sie drohen Andersdenkenden mit Hausbesuchen, sodass etliche ihnen nicht mehr mit ihrem vollen Namen öffentlich entgegenzutreten wagen. Vom wem rede ich da – Faschisten? Wo denken Sie hin? Es handelt sich vielmehr um Antifaschisten. Auf Demonstrationen sind sie zum Leidwesen vieler fast omnipräsent und machen es oft sogar zu einer Mutprobe, sein demokratisch garantiertes Recht in Anspruch zu nehmen. Und noch eines fällt auf: Besonders aggressiv geht die Antifa gegen jene vor, die sich als Regierungsgegner outen – gegen Krieg, gegen Freiheits- und Sozialabbau. „Faschismus“ wäre somit der Widerstand gegen einen übergriffigen, nach außen und innen immer gewalttätiger agierenden Staat; „Antifaschismus“ wäre der Widerstand gegen den Widerstand. So kommt es in Deutschland zu einer Art Arbeitsteilung. Die Regierung schafft Fakten, die Medien geben ihr Flankenschutz im Reich des Geistes, und „Antifaschisten“ sichern das Erreichte mit rüden Methoden auf der Straße ab. Der Autor berichtet von seinen unheimlichen Begegnungen bei Demonstrationen in Wort und Bild.
Quelle: Manova

14. **60 Jahre nach dem Marsch auf Washington besteht die wirtschaftliche Ungleichheit der Schwarzen fort**
(Eigene Übersetzung)
Sechzig Jahre ohne nennenswerte Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen den Rassen sind ein Versagen der Politik.
Schwarze Amerikaner haben das Unerträgliche schon zu lange ertragen. Sechzig Jahre nach dem berühmten Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit, bei dem Dr. Martin Luther King Jr. seine bahnbrechende Rede “Ich habe einen Traum” hielt, befinden sich die Afroamerikaner auf einem Weg, auf dem es noch 500 Jahre dauern wird, um wirtschaftliche Gleichheit zu erreichen.
Ein neuer Bericht, Still A Dream, der gemeinsam vom Institute for Policy Studies und der National Community Reinvestment Coalition verfasst wurde, untersucht die wirtschaftlichen Indikatoren seit 1963. Unser Land hat seit der Bürgerrechtsbewegung in den 1950er und 60er Jahren bedeutende Schritte in Richtung Rassengleichheit unternommen. Doch die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit in den letzten vier Jahrzehnten hat die historischen Vermögensunterschiede zwischen den Rassen noch verstärkt und viele dieser Fortschritte verlangsamt oder sogar rückgängig gemacht.
Sechzig Jahre, in denen das Wohlstandsgefälle zwischen Schwarzen und Weißen nicht

wesentlich verringert wurde, sind ein politisches Versagen.
Quelle: Popular Resistance